



EUROPÄISCHE UNION

Delegation der Europäischen Union für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein

Head of Delegation - Botschafter

Föderalismus und Subsidiarität in der
Europäischen Union - Der Stellenwert des
freiwilligen Engagements der
BürgerInnen in der EU

Dr. Michael Reiterer¹

Botschafter

[Grenzen-Los! Fokus Gemeinde, Gottlieb Duttweiler Institute, Rüschlikon, 25./26. Oktober
2010]

¹ Unter Mitarbeit von Joana Natz (MLaw).

Inhaltsverzeichnis

Abstract	3
1. Einleitung	3
2. Föderalismus und Subsidiarität in der Europäischen Union	4
2.1 European Governance	5
2.1.1 Grösseres Politikvertrauen durch umfassenderes Engagement?	6
(1) Der europäisches Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe	7
(2) Der Europäische Freiwilligendienst	7
3. Freiwilligentätigkeit als Schule der Demokratie	7
3.1 Würdigung und Förderung durch das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011	8
3.2 Freiwilliges Engagement in der Europäischen Union und Ihren Mitgliedstaaten.....	9
3.2.1 Ein Schlüssel für die Inklusion gesellschaftlich- und sozial ausgeschlossener Bevölkerungsgruppen.....	10
(1) ANBO [www.anbo.nl].....	10
(3) ANCESCAO [www.ancescao.it].....	11
(4) Die Aktion „72 Stunden ohne Kompromiss" [www.72h.eu]	11
4. Das Jahr der Freiwilligen 2011 in der Schweiz.....	11
5. Fazit	12
6. Literaturverzeichnis	13

Abstract

Der Stellenwert der Freiwilligenarbeit in unserer Gesellschaft ist unbestritten. Die Anstrengungen seit dem UNO-Jahr der Freiwilligen 2001 führten bereits zu einer besseren Vernetzung der Akteure, breiteren Anerkennung der Freiwilligenarbeit und zur Förderung von Solidarität und Nicht-Diskriminierung. Trotz traditioneller Verankerung haben sich Freiwilligentätigkeiten in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt. Individualismus und Selbstverwirklichung haben zugenommen, weshalb sich die Mitgliedstaaten der EU neue Strukturen überlegen müssen, freiwillige Arbeit zu fördern und neue Wege zur Einbindung junger und älterer Menschen zu erschliessen. Im Kontext des Europäischen Jahres der Freiwilligenarbeit 2011 erhofft sich die Europäische Kommission „...dass mehr Menschen sich ehrenamtlich engagieren und dass das Bewusstsein für den Mehrwert dieses Engagement gesteigert wird.“ ("2011 wird Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit", IP/09/862, 03/06/2009 EC.).

1. Einleitung

Freiwilliges Engagement ist Schule der Demokratie. In privatem, sportlichem oder professionellem Umfeld bietet es die Möglichkeit, gemeinschaftsbezogen zu kommunizieren, zu kooperieren und Verantwortung zu übernehmen. Ob in der Familie, der Firma, den Vereinen, der Politik: die sich in ihm verwirklichende aktive Bürgerbeteiligung dient als Quelle demokratischer Stabilität und kann als Schlüssel für die Einbeziehung ansonsten gesellschaftlich- und sozial ausgeschlossener Bevölkerungsgruppen genutzt werden. Dem Sport kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu, wie ein Blick auf (Fussball)Nationalmannschaften vieler Staaten zeigt. Sich beweisen können außerhalb traditioneller Strukturen, wie Schule oder Berufswelt, Fähigkeiten entwickeln, die in diesen Strukturen nicht direkt nachgefragt sind, eröffnet nicht nur neue Perspektiven, sondern auch Lebens- und Berufsinhalte. Dezentrale politische Systeme, wie das Milizsystem in der Schweiz fördern Engagement und bürgernahe Politik durch kommunale Selbstverwaltung. Eigenverantwortung sowie verantwortungsvolles Handeln sind unerlässliche Voraussetzung des Gelingens. Sie verlangen Hingabe und die Bereitschaft, Niederlagen in Kauf zu nehmen. Dies ist nicht selbstverständlich.

Freiwilliges Engagement vermittelt daher Integration. Mit ihm verbinden sich wichtige Lernerfahrungen und die Entwicklung von sozialen Kompetenzen, wie Solidarität und Nicht-Diskriminierung. Diese sind unverzichtbare Bestandteile nicht nur bei der Gestaltung des

demokratischen Prozesses, sondern auch bei der Realisierung der europäischen Integration. Deren Würdigung liegt folglich nicht nur mir als Botschafter der EU am Herzen, die Förderung dieser Werte ist auch im Lichte der stark polarisierten europapolitischen Debatte wichtig.

Vor diesem Hintergrund ist es mir eine besondere Freude, zum heutigen Tagungsthema "Freiwilliges Engagement in Deutschland, Österreich und der Schweiz" einen Beitrag zu leisten. Die EU hat den Wert, die Bedeutung des freiwilligen Engagements erkannt und anerkannt indem sie 2011 zum europäischen Jahr der Freiwilligenarbeit erklärt hat, um den Freiwilligen zu danken und neue Menschen für ein Engagement zugunsten der Gesellschaft zu motivieren.

2. Föderalismus und Subsidiarität in der Europäischen Union

Die EU wird mit einer Vielzahl von Vorwürfen konfrontiert. Einer der häufigsten ist jener der Machtkonzentration und des Zentralismus. Dabei wird moniert, durch die zunehmende Internationalisierung nationaler Prozesse, würden politische Belange vermehrt auf die überstaatliche Ebene gehoben. Dies entzöge dem Bürger seinen Handlungsspielraum; zugunsten der EU-Hauptstadt Brüssel. In jenem aufgeblasenen, viel zu grossen Gebilde gedeihe Intransparenz, Bürokratie, während die Akzeptanz in der Bevölkerung abnehme. Diese Gefahr besteht, doch wurde sie erkannt: Das Europa der Regionen, eine eigene Regionalpolitik inklusive der Förderung der grenzüberschreitenden Politik zur Verhinderung von Grenzen, zur Schaffung von belebten Grenzräumen, ein eigener Ausschuss der Regionen als beratendes Unionsorgan, der noch eigens zu erläuternde Grundsatz der Subsidiarität, die Förderung eines der Grundprinzipien der europäischen Integration, der Solidarität, sowie die jüngst eingeführten direktdemokratischen Elemente der Bürgerinitiative wirken dieser Gefahr entgegen, in dem sie den Föderalismus stärken.

Dazu zählt auch die Förderung der Demokratie in der Union (Reiterer, 2008, 317 ff.); ein Grundpfeiler der EU: Die Union hat den Raum der Demokratie in Europa kontinuierlich ausgedehnt, besonders augenfällig durch die Aufnahme der Staaten, die nach 1989 wieder unabhängig wurden. Die Forderung nach breiterer demokratischer Partizipation in der EU hat über die Jahre zugenommen. Zu Recht, denn die Union beschäftigt sich im Gegensatz zu ihren Anfängen nicht mehr nur mit technischen Angelegenheiten, sondern rund um den Binnenmarkt und darüber hinaus in der politischen Union mit Bereichen, die die BürgerInnen direkt betreffen. Daher auch die Diskussion um das sogenannte Demokratiedefizit, das in

einem besonderen Spannungsfeld zu lösen ist: die Europäische Union ist mehr als eine internationale Organisation und dennoch kein Staat. Als qualifizierter Staatenbund, müssen seine Elemente, die Staaten, ebenso ein Mitbestimmungsrecht haben, wie die EU-BürgerInnen, die im Europäischen Parlament vertreten sind. Die Gestaltung und Vermittlung bürgernaher Politik verlangt daher neue Partizipationsmodelle, die der besonderen institutionellen Ausgestaltung der Union ebenso gerecht werden, wie dem Wunsch der BürgerInnen, sich nicht nur indirekt, sondern auch direkt einzubringen – die Erarbeitung eines postnationalen Modells verlangt Innovation, Experimentierfreudigkeit und den Willen zur Teilnahme, der in der Freiwilligenarbeit geschult und gefördert werden kann.

2.1 European Governance

Das Subsidiaritätsprinzip ist einer der wichtigsten Grundsätze der europäischen Politikgestaltung. Der Vertrag über die Europäische Union bestimmt in Art. 5 III, dass die Union in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig wird, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten weder auf zentraler noch auf regionaler oder lokaler Ebene nicht ausreichend verwirklicht werden können. Dies heißt, dass die größere Einheit nicht Aufgaben erfüllen soll, die auch die kleinere Einheit zufriedenstellend bewältigen kann. Das Belassen der Macht auf der Ebene der BürgerInnen anstelle der Delegation nach oben, durch die Stärkung der lokalen Autonomie stärkt den Willen sich in überschaubaren Einheiten zu engagieren, sich zu verwirklichen. Gleichzeitig wird eine wichtige politische Funktion erfüllt, da auf lokale bzw. regionale Eigentümlichkeiten und Besonderheiten, etwa in ethnisch oder sprachlich definierte Gemeinschaften und Minderheiten, eingegangen werden kann und geeignete Strukturen zur Verfügung gestellt werden.

Darüber hinaus ist Art. 11 des Vertrages über die Europäische Union klar, in dem er das Gebot formuliert, BürgerInnen in geeigneter Weise in den politischen Entscheidungsprozess einzubinden. Die regionale und lokale Arena bildet weiterhin den politischen Mittelpunkt, was bedeutet, dass, in sich-selbst-regulierender Form, EU-BürgernInnen die Möglichkeit gegeben wird, Politik unmittelbar zu beeinflussen.

Die Europäische Kommission formulierte erstmals im Jahr 2001 die Absicht, politische Entscheidungsfindung zu öffnen. In ihrem Weissbuch „European Governance“ („European Governance, a white paper“, KOM (2001) 428.) forderte sie, das alte lineare Modell, bei dem Politik von oben herab verkündet wird, durch einen „circulus virtuosus“ zu ersetzen; einem

Spiralprozess der – von der Gestaltung bis zur Durchführung der Politik – auf Rückkoppelung, Netzwerken und Partizipation auf allen Ebenen beruht. Darin soll der Staat weniger als Akteur auftreten, sondern die Handlungsspielräume zur Verfügung stellen.

2.1.1 Grösseres Politikvertrauen durch umfassenderes Engagement?

Voraussetzung für die Teilnahme an der politischen Willensbildung ist Information, ist Wissen. Information ist einerseits eine Bring- aber auch eine Hohlschuld. Gerade in letzterer manifestiert sich eine aktive Bürgerbeteiligung. Die politische Willensbildung verlangt ein Mass an Interesse, welches mitunter über den normalen Wissensdurst hinausgeht. Soweit die dezentrale Machtausübung durch die Aufteilung der Kompetenzen und Verlagerung der Entscheidungsfindung hin zum Bürger gestärkt wird, ist folglich zusätzliches Engagement unerlässlich. Gewissenhafte Partizipation vermag somit nicht nur die Demokratie selber zu stärken, sondern vergrössert, durch Einfluss und Kontrolle, auch das Vertrauen in sie.

Die EU kennt diverse Instrumente, um Eigenverantwortung individuellen Handelns sicher zu stellen. Dazu gehören die kontinuierliche Aufwertung des seit 1978 direkt gewählten Europäischen Parlamentes, sowie der nationalen Parlamente (und ihrer gewählten Volksvertreter), die seit dem Vertrag von Lissabon mit einer Mehrheit jeden Beschluss der Kommission blockieren könnten, wenn das genannte Subsidiaritätsprinzip verletzt wird. Darüber haben Bürger der Union das Recht, eine Petition an das Europäische Parlament zu richten.

Neu vorgesehen ist auch die direkte Beteiligung an der Politikgestaltung des Exekutivorgans der Europäischen Union, der Europäischen Kommission durch die so genannte europäische Bürgerinitiative. Dieses neu eingeführte direkt demokratische Element verlangt, dass eine Million Unterschriften aus einem Viertel Mitgliedstaaten eingebracht werden, um die Europäische Kommission aufzufordern, einen Rechtsakt vorzuschlagen, zu dem es nach Ansicht der Initiatoren einer Regelung bedarf. Durch eine am 15. Dezember 2010 vom Europäischen Parlament verabschiedete Verordnung hat die Europäische Bürgerinitiative endgültige Gestalt angenommen, so dass die ersten Initiativen ab Anfang 2012 anlaufen dürften ("Kommission begrüßt Einigung über die Europäische Bürgerinitiative", IP/10/1720, 15/12/2010, EC.). Der Vertrag von Lissabon stärkt die demokratischen Prinzipien in der EU in noch nie dagewesener Art und Weise. Er ersetzt jedoch nicht das Erfordernis der EU-Bürger, sich freiwillig und aktiv zu beteiligen.

(1) Der europäisches Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe

Die Sicherstellung von verantwortungsvollem Handeln und Solidarität liegt in den Händen eines jeden Einzelnen. Deshalb sieht der Vertrag von Lissabon eine gemeinsame europäische Entwicklungspolitik vor, indem neu ein europäisches Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe geschaffen wurde (Art. 214 V des Vertrages über die Europäische Union). „Das Freiwilligenkorps wird es den Europäerinnen und Europäern ermöglichen, ihrem Engagement für ein solidarisches Europa Ausdruck zu verleihen und als EU-Bürger zusammenzuarbeiten. Die Hilfe für Katastrophenopfer birgt die Chance, den Zusammenhalt in der europäischen Gesellschaft zu fördern“ so Kristalina Georgieva, EU-Kommissarin für internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Krisenreaktion ("Kommission schlägt Schaffung eines Europäischen Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe vor", IP/10/1543, 23/11/2010, EC.). Junge Europäer können sich ab sofort als ehrenamtlich Tätige an humanitären Hilfeinsätzen der Union beteiligen.

(2) Der Europäische Freiwilligendienst

Darüber hinaus wurde mit dem 1996 geschaffenen Europäischen Freiwilligendienst (EFD) Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 18 und 25 (in Ausnahmefällen auch zwischen 16 und 30 Jahren) die Möglichkeit gegeben, in einem anderen europäischen Land ihren persönlichen und beruflichen Horizont zu erweitern. Das Programm will die grenzüberschreitende Mobilität und das europäische Engagement junger EU-Bürger fördern. Im Rahmen des EFD arbeiten die Teilnehmer gegen Kost, Logis und ein Taschengeld an gemeinnützigen Projekten im sozialen, ökologischen oder kulturellen Bereich mit und werden dort in den Lebens- und Arbeitsalltag eingebunden.²

3. Freiwilligentätigkeit als Schule der Demokratie

Engagement und Aktivitäten können in vielen Bereichen ausgelebt werden: in der Familie bzw. dem Bekanntenkreis der Firma oder inden Vereinen, um nur einige zu nennen. Die wichtigsten Felder des Engagements sind Kultur, Sport, Kirche, Hilfsdienste, Politik, Soziales, Umwelt und Bildung. Damit werden sie nicht nur Schule der Demokratie sondern sind in vielen Bereichen gesellschaftspolitisch von grosser Bedeutung: die soziale Infrastruktur würde ohne freiwillig erbrachte Leistungen schwer leiden. Die Förderung und

² Nähere Informationen unter: www.go4europe.de.

Würdigung von freiwilligem Engagement und Aktivitäten sind deshalb von großer Bedeutung.

3.1 Würdigung und Förderung durch das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011

Die Bemühungen tausender Freiwilligenorganisationen- und Tätigkeiten wirken sich in vielfältigster Weise auf unser aller Leben aus. Engagement ist in Europa stark verankert. Fast 80% von befragten EU- BürgerInnen gaben an, sie würden im freiwilligen Engagement einen wichtigen Teil des demokratischen Lebens in Europa sehen (Study on volunteering in the European Union, 2010, 4.) Mit ihm verbinden sich wichtige Lernerfahrungen und die Entwicklung sozialer Kompetenzen, wie Solidarität und Nicht-Diskriminierung.

Trotz traditioneller Verankerung haben sich Freiwilligentätigkeiten in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt. Individualismus und Selbstverwirklichung haben zugenommen, weshalb sich die Mitgliedstaaten neue Strukturen überlegen müssen, freiwillige Arbeit zu fördern, neue Wege zur Einbindung junger Menschen zu erschliessen aber auch das Potenzial älterer Bürger auszuschöpfen ("Vorschlag für eine Entscheidung des Rates über das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit", SEC/(2009) 725, 03/06/2009.). In Anerkennung dessen beschloss die Europäische Kommission, das Engagement von Millionen von Menschen in Europa, die in ihrer Freizeit unentgeltlich für ihre Gemeinschaften arbeiten, etwa in Schulen, Krankenhäusern oder Sportvereinen, die Umwelt schützen, Sozialdienste leisten oder Menschen in anderen Ländern helfen, durch die Lancierung des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit 2011 zu würdigen.³

Aber das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 soll nicht nur die schon aktiven EuropäerInnen, sondern die bisher Untätigen, die oft Konsumenten der Freiwilligentätigkeiten sind, motivieren, indem auf Möglichkeiten, Vorteile und Chancen der Freiwilligentätigkeit umfassend aufmerksam gemacht wird. Die Europäische Kommission verfolgt aus diesen Überlegungen heraus im Kern vier Ziele

- Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für Freiwilligentätigkeiten in der EU
- Stärkung der Freiwilligenorganisation durch Mobilität und Vernetzung von Freiwilligentätigkeit
- Honorierung und Anerkennung von Freiwilligentätigkeiten sowie

³ Nähere Informationen unter: <http://europa.eu/volunteering>.

- Sensibilisierung für den Wert und die Bedeutung von Freiwilligentätigkeiten.

Das Budget beträgt €3 Millionen für die Vorbereitungen seitens der Mitgliedstaaten im Jahr 2010 und €8 Millionen für das Jahr selbst. Dabei sollen die europäische, nationale, regionale und lokale Ebene einbezogen und miteinander verknüpft werden. Die Zuständigkeit für die Gestaltung des Europäischen Jahres verbleibt damit bei den Freiwilligen und ihren Organisationen. Eine Vielzahl von Aktionen und Feierlichkeiten werden von der Basis aus organisiert.

Beim Versuch einer Definition der Freiwilligentätigkeit musste die Europäische Kommission die vielen Eigenheiten und kulturelle Unterschiede der Mitgliedstaaten beachten. Sie fasst sich deshalb sehr weit und lässt alle Formen freiwilliger Aktivitäten, ob formell oder informell, die vom freien Willen, Wahl und Motivation einer Person begleitet und ohne finanzielles Gewinnstreben ausgeübt werden, darunter fallen.⁴

3.2 Freiwilliges Engagement in der Europäischen Union und Ihren Mitgliedstaaten

Laut einer im März 2010 publizierten Studie der Europäischen Kommission (Study on volunteering in the European Union, 2010.) üben rund 22 Prozent der Menschen über 15 Jahre eine ehrenamtliche Tätigkeit aus. Analysen zeigen, dass rund 94 Millionen Erwachsene im freiwilligen Sektor tätig sind. Aber nicht nur kulturell, politisch und wirtschaftlich gibt es ein breites Spektrum in den EU-Mitgliedstaaten, auch innerhalb des freiwilligen Engagements sind die Unterschiede gross. Das Spektrum der freiwilligen Tätigkeiten ist vielfältig und spiegelt die unterschiedlichen Interessenlagen und Bedürfnisse der Bevölkerung wider. Der Sport behauptet sich 2009 als führender Bereich (16 % in Finnland, 15 % in Irland und bis zu 14 % der Bevölkerung in den Niederlanden). Gefolgt vom sozialen Sektor; dem Wohlfahrts- und Gesundheitswesen (Study on volunteering in the European Union, 2010, 6.)

Während der Anteil des ehrenamtliches Engagement bei Erwachsenen in der EU im vergangenen Jahrzehnt in Bulgarien, Griechenland, Italien und Litauen weniger als 10% betrug, lag es in den Niederlanden, Schweden, dem Vereinigten Königreich und Österreich bei über 40%. In Österreich wurde berechnet, dass drei Millionen ehrenamtlich Tätige pro Jahr 720

⁴ Originaldefinition der Europäischen Kommission: "Volunteering" refers to all types of voluntary activity, whether formal, non-formal or informal, and which are undertaken of a person's own free will, choice and motivation, without concern for financial gain."

Millionen Stunden Arbeitsleistung erbrachten, was 400 000 Vollzeitbeschäftigten entspricht, wofür 16 Milliarden Euro zu bezahlen gewesen wären (Tiroler Tageszeitung, 4. Januar 2011.)

Auch beim Anteil des ehrenamtlichen Engagements am BIP der Mitgliedstaaten gibt es grosse Unterschiede. So liegt der Anteil in den Niederlanden, Österreich und Schweden zwischen 3 und 5%, während in Griechenland, Polen und der Slowakei der Anteil am BIP unter 0,1 % ausmacht. (Study on volunteering in the European Union, 2010, 8.)

Der Trend geht trotzdem in vielen Mitgliedstaaten zur Zunahme ehrenamtlicher Aktivitäten (Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Italien, Luxemburg, Österreich, Polen, Spanien, Tschechische Republik), wohingegen eine Abnahme nur in der Slowakei zu bemerken ist.

3.2.1 Ein Schlüssel für die Inklusion gesellschaftlich- und sozial ausgeschlossener Bevölkerungsgruppen

Innerhalb der Europäischen Union ist freiwilliges Engagement daher ein gelebter Teil der Demokratie. Viele Beispiele innerhalb der Mitgliedstaaten zeigen auf, dass Engagement ein Schlüssel für die Einbindung ansonsten gesellschaftlich- und sozial ausgeschlossener Bevölkerungsgruppen darstellt.

In Europa vollzieht sich der demographische Wandel unaufhaltsam. In Anbetracht der demographischen und sozialen Herausforderungen ist die soziale Einbindung älterer Menschen von stetig wachsender Bedeutung. Die Einbindung in die freiwilligen Tätigkeit von älteren MitbürgerInnen, die auf einen Lebens- und Erfahrungsschatz zurückblicken, ist daher ein Ziel der europäischen Politik, um diese genannten Schätze zu valorisieren und um auf das Thema aufmerksam zu machen. Ein im September 2010 veröffentlichtes Arbeitspapier blickt deshalb auf die Erfahrung in fünf EU Mitgliedstaaten (Eurofound, 2010.)

(1) ANBO [www.anbo.nl]

ANBO (Algemene Nederlandse Bond voor Ouderen) ist eine unabhängige Interessen-Organisation in den Niederlanden, die mehrere Generationen von Senioren zusammenbringt. 190.000 Senioren befassen sich in ihr mit kulturellen, sportlichen und erholsamen Aktivitäten. In Anerkennung der Verschiedenheit sucht ANBO gemeinsame Berührungspunkte und setzt sich die Verteidigung der individuellen und kollektiven Rechte und Interessen der Mitglieder als Ziel. Die materielle, soziale und kulturelle Position von Senioren soll dadurch,

generationenunabhängig, verbessert werden. Gesellschaftliche Integration und Partizipation von Senioren mit niederländischem oder ausländischem Hintergrund werden angestrebt.

(3) ANCESCAO [www.ancescao.it]

Auch ANCESCAO ist eine Freiwilligenorganisation mit Sitz in Bologna, Italien, die mehr als 100 ältere Volontäre beschäftigt, die ihrem täglichen Leben durch freiwillige Tätigkeiten mehr Sinn verleihen wollen.

(4) Die Aktion „72 Stunden ohne Kompromiss“ [www.72h.eu]

Die größte Jugendsozialaktion in Österreich wurde genutzt, um das Thema Armut bekannt zu machen. Die Botschaft an die Gesellschaft lautet: „Armut ist kein Schicksal und Armut geht uns alle an.“ Arbeitslose und sozial schwächer gestellte Jugendliche sollten innerhalb von 72 Stunden eine gemeinnützige Aufgabe lösen. 5.000 TeilnehmerInnen waren in 400 Projekten aktiv. „Ohne Kompromiss“ bedeutete dabei, dass die Teilnehmer im Vorfeld nicht wissen, was in den nächsten 72 Stunden auf sie zukommt: Kreativität, Improvisationsgabe und Einsatz sind gefragt. Das Motto lautete: Neues ausprobieren, Fremdes kennen lernen, Vorurteile und Berührungängste abbauen und neue Freundschaften zu schließen, durch freiwilliges Engagement! Die Idee ist in den letzten Jahren von vielen Ländern aufgegriffen worden. So wurde die Aktion im Herbst 2010 nicht nur in Österreich, sondern auch in der Schweiz, der Slowakei, Ungarn, Slowenien und Bosnien-Herzegowina durchgeführt. 72h.eu verlinkt auf alle Länderseiten und bietet allgemeine Infos zu den internationalen 72h-Projekten. Damit vermochte die Aktion durch internationale Austauschprojekte das Bewusstsein für ein gemeinsames Europa in der jungen Generation zu stärken, grenzüberschreitende Freundschaften zu schliessen und Vorurteile abzubauen.

4. Das Jahr der Freiwilligen 2011 in der Schweiz

Rund 720 Millionen Stunden Freiwilligenarbeit werden in der Schweiz jährlich sowohl innerhalb von Organisationen und Vereinen als auch im informellen Bereich geleistet. Der Anteil des BIP am NPO Sektor liegt in der Schweiz bei 4,7%. Etwa die Hälfte der Schweizer Bevölkerung ist in Vereinen oder ausserhalb von Organisationen freiwillig tätig (Neue Zürcher Zeitung, 03. Januar 2011.) Mit 2551 Gemeinden – Stand Januar 2011– ist die politische Struktur der Schweiz im internationalen Vergleich sehr kleinräumig. Dass der frisch gewählte Nationalratspräsident Jean-René Germanier freiwilliges Engagement als den "der Kitt unserer Gesellschaft" bezeichnet, welches Integration "in einer Region, einem Dorf,

einem Land, einer Gemeinschaft" bedeutet, zeigt, wie verbunden die Schweiz mit der Entwicklung in der Union ist.

Vor diesem Hintergrund freut es mich besonders, dass am 4. Dezember 2010 auch in der Schweiz das Jahr der Freiwilligen 2011 von 25 Treichlern mit grossen Glocken symbolisch eingeläutet wurde.⁵

5. Fazit

Freiwilliges Engagement fördert die aktive Bürgerbeteiligung, die Solidarität, Nicht-Diskriminierung, Integration und die harmonische gesellschaftliche Entwicklung. Die Instrumente des Vertrages von Lissabon zur Förderung der europäischen Mobilität junger Freiwilliger sind dabei handlungsleitend. Der europäische Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe und der Europäische Freiwilligendienst sollen das Interesse junger Menschen an einem freiwilligen Einsatz im europäischen Nachbarland vergrössern und grenzüberschreitende Kooperationen in Europa fördern.

Das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 zielt darauf ab, das Engagement von Millionen von Menschen in Europa zu würdigen. Zugleich soll es Anreiz sein für alle EuropäerInnen, die (noch) keine Freiwilligentätigkeiten leisten, sich zu engagieren. Neue Wege zur Einbindung junger Menschen müssen erschlossen und das Potenzial älterer Bürger ausgeschöpft werden. Dazu sollen günstigere Rahmenbedingungen geschaffen und die Freiwilligenorganisationen gestärkt werden, denn Partizipation vermag nicht nur die harmonische gesellschaftliche Entwicklung zu stärken, sie fördert auch das Vertrauen in die Demokratie und ist letztlich ihre Voraussetzung.

⁵ Nähere Informationen unter: <http://www.freiwilligenjahr2011.ch>

6. Literaturverzeichnis

Beiträge aus Sammelbänden:

- Reiterer, Michael, Demokratie und Kontrolle in der Europäischen Union, in: Astrid Epiney und Nina Gammenthaler, Hrsg., *Schweizerisches Jahrbuch für Europarecht/Annuaire suisse de droit européen 2008/2009*, Bern: Stämpfli, 317-334.

Dokumente der Europäischen Kommission:

- "Kommission begrüßt Einigung über die Europäische Bürgerinitiative", IP/10/1720, 15/12/2010, EC.
- "Kommission schlägt Schaffung eines Europäischen Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe vor", IP/10/1543, 23/11/2010, EC.
- "2011 wird Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit", IP/09/862, 03/06/2009 EC.
- "European Governance, a white paper", KOM (2001) 428.

Dokumente des Europäischen Rates:

- "Vorschlag für eine Entscheidung des Rates über das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit", SEC/(2009) 725, 03/06/2009.

Studien:

- Study on volunteering in the European Union: Freiwilligentätigkeit in der EU, 2010.
- Naegele, Gerhard und Schnabel, Eckart, Measures for social inclusion of the elderly: The case of volunteering, 2010.

Zeitungsartikel:

- Tiroler Tageszeitung, 4.Januar 2011, Ehrenamt spart 16 Milliarden, S. 11.
- NZZ Online, 03.Januar 2011, Vereine gelten als Schulen der Demokratie.